

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 03.09.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Grix, Helga
Meinen, Regina
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe
Stöhr, Friedrich

für Elfriede Meyer

CDU-Fraktion
Orth, Petra
Verlee, Carmen

FDP-Fraktion
Fooken, Ralf

für Rolf Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Grix, Wilhelm
Haarmeyer, Norbert
Hayenga, Klaas
Janssen, Soghra
Steinmeyer, Elke
Voges, Dr. Friedhelm
Züchner, Hermann

Vertreter der AWO
Vertreter der Caritas
Vertreter der ev.-ref. Kirche
Vertreterin des Integrationsrates
Vertreterin des Behindertenbeirates
Vertreter der ev.-luth. Kirche
Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Decker, Ubbo Dr.
Schröder, Rolf-Dieter
Szag, Elisabeth
de Boer, Stefan

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Protokollführung

Knochenhauer, Annett

2 Vertreterinnen der örtlichen Presse

5 Zuschauer (darunter Frau A. Reeker-Meyer vom Autismus-Therapie-Zentrum Emden, Herr R. Hempel von „Das Boot“, Herr D. Peters von „agilio“, Herr P. Teeten von der AAFÖG Emden)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ammersken gibt bekannt, dass zu TOP 7 eine Änderung dahingehend vorgenommen worden sei, dass neben „agilio“ zusätzlich mit dem Autismus-Therapie-Zentrum Emden eine Leistungsvereinbarung geschlossen werden solle – siehe Vorlage Nr. 15/0811/1.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 04.06.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 04.06.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Von der anwesenden Zuschauerin erfolgt keine Wortmeldung.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Anschubfinanzierung für das Projekt "Soziales Warenhaus" in Emden
Vorlage: 15/0813

Frau Tempel führt in die Thematik ein und stellt insbesondere die mit diesem Projekt verfolgten Ziele dar. So solle zum einen die Versorgungssituation von Personen mit geringem Einkommen mit Bekleidung und weiteren Artikeln des täglichen Bedarfs, die zu einem günstigen Preis erworben werden können, verbessert werden. Zum anderen würden dort zur Erhöhung der Vermittlungschancen Personen mit Vermittlungshemmnissen beschäftigt.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau L. Meyer führt namens der SPD-Fraktion aus, dass diese den Vorschlag begrüße und der Vorlage zustimmen werde. Als problematisch erachte sie jedoch die Räumlichkeit mit den großen Schaufenstern, die sehr hohe Heizkosten erwarten lassen.

Herr Haarmeyer bestätigt, dass die Räumlichkeit im Erdgeschoss sehr große Schaufenster ohne Isolierverglasung aufweise. Die Fenster im ersten Stock seien demgegenüber isolierverglast. Man habe sich darüber bereits viele Gedanken gemacht, sei aber derzeit zu dem Ergebnis gekommen, es zunächst so zu belassen. Die Entwicklung der Heizkosten müsse jedoch abgewartet werden.

Frau Orth teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese das Projekt vor dem Hintergrund der verfolgten Ziele gefördert und unterstützt habe und ebenfalls der Vorlage zustimmen werde.

Herr Graf dankt den Organisatoren des Projektes und führt aus, dass auch die Fraktion DIE LINKE. den Vorschlag unterstütze. Er fragt an, wie sich die Aufteilung der Personalkosten darstelle.

Den Ausführungen von **Frau Tempel** zufolge beschränke sich die Tätigkeit der Geschäftsführung nach den u. a. in Meppen und Bersenbrück gemachten Erfahrungen auf ca. 10 – 12 Stunden pro Woche, so dass hier der kleinste Teil der Personalkosten anzusetzen sei. Auf die weiteren Kräfte, d. h. 3 Teilzeitkräfte und 2 ABM-Kräfte, würde ein höherer Stundenaufwand entfallen.

Herr Schild gibt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deren Unterstützung für das Projekt bekannt.

Auch die FDP-Fraktion, so **Herr Fooker**, habe großes Interesse an diesem Projekt und werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Emden beschließt die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 15.000,- € für das Jahr 2008 an den Caritasverband Ostfriesland als Anschubfinanzierung für das Projekt „Soziales Warenhaus“

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Abschluss einer Leistungsvereinbarung zur Finanzierung des Betriebes der Kontaktstelle/Begegnungsstätte Kumm rin für Menschen mit psychischen Krankheiten/seelischen Behinderungen in Emden
Vorlage: 15/0801

Herr Dr. Decker teilt zunächst mit, dass die Leistungsvereinbarung nicht vollständig versandt worden sei, im Ratsinformationssystem jedoch vollständig abrufbar sei. In die Thematik einfürend gibt er bekannt, dass anlässlich des Runden Tisches Ende letzten Jahres die Fraktionen signalisiert haben, den personellen Bedarf in der Begegnungsstätte zu verbessern. Nachdem zu diesem Zweck 10.000 Euro zusätzlich in den Haushalt 2008 eingestellt worden seien, werde nun die entsprechende Anpassung der bestehenden Leistungsvereinbarung vorgeschlagen. Eine vorherige fachliche Prüfung durch den Sozialpsychiatrischen Dienst sei diesbezüglich er-

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

folgt. Die Änderung sehe nun eine Erhöhung der Förderung der Personalkosten von bisher einer halben Stelle auf eine Teilzeitstelle mit 28 Stunden wöchentlich vor.

Frau Orth unterstützt diese Erhöhung, zumal die gemachten Ausführungen nun auch deutlich gemacht haben, dass dort bisher lediglich eine halbe Stelle gefördert worden sei.

Frau L. Meyer zeigt sich über die beabsichtigte Stundenerhöhung erfreut. Die von ihr dargestellte Auffassung, dass diese Leistungsvereinbarung für 3 Jahre, d. h. bis Ende 2011, abgeschlossen und anschließend neu verhandelt werde, wird von **Herrn Dr. Decker** bestätigt.

Beschluss:

Die der Vorlage Nr. 15/0801 als Anlage beigefügte Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem Verein „Das Boot e.V.“ über die Kontaktstelle/Begegnungsstätte für psychisch kranke/behinderte Menschen (Kumm rin) wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Leistungsvereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft für integrative Leistung in Ostfriesland e.V. "agilio", Emden, sowie dem Autismus-Therapie-Zentrum des Vereins "hilfe für das autistische kind" RV Weser-Ems e.V., Meppen - Standort Emden - über den Einsatz von Integrationshelfern für Schulkinder mit autistischer Symptomatik
Vorlage: 15/0811/1

Frau Szag stellt die Vorlage dar und führt insbesondere aus, dass die in den letzten Jahren in Emden gestiegene Anzahl von Kindern mit autistischer Symptomatik den Abschluss einer Leistungsvereinbarung erfordere. Sie stellt insbesondere die Ermöglichung des Schulbesuchs dieser Kinder auf der Grundlage dieses Angebots heraus, wobei es nicht um eine pädagogische oder therapeutische Aufgabe gehe, sondern die Integrationshelfer das Kind im Unterricht begleiten und es in den Bereichen unterstützen, die außerhalb des Lehrauftrags der Schule liegen. Sie bittet nach Vorstellung der beiden Angebote der bezeichneten Anbieter um Zustimmung zur Vorlage.

Unter Bezug auf Seite 2, Absatz 5 der Vorlage fragt **Herr Fooken** an, worin der Anstieg der Zahl der betroffenen Kinder begründet liege, zumal diese Krankheit seines Wissens nach angeboren sei. Ihn interessiere, ob dieses aus einem geänderten gesellschaftlichen Hintergrund resultiere oder sich die ärztliche Diagnostik geändert habe.

Frau Szag führt aus, dass sich nach ihrem Wissensstand die ärztliche Diagnostik verbessert habe und die Krankheit damit zu einem früheren Zeitpunkt festgestellt werden könne. Dieses wiederum ermögliche ein zeitiges Ansetzen der Hilfemaßnahmen, wobei ambulanten Hilfen der Vorrang vor stationären Hilfen einzuräumen sei, so z. B. die Ermöglichung des Schulbesuchs. Darüber hinaus sei festzustellen, dass diese Krankheit mehr in das Blickfeld als zu früheren Zeiten rücke.

Frau Tempel gibt ergänzend zu bedenken, dass es bei diesen Zahlen nicht um die Anzahl der erkrankten Kinder im Allgemeinen gehe, sondern dass gerade bei jüngeren Kindern durch diese Hilfemaßnahme der Schulbesuch verstärkt ermöglicht werde, was früher in dieser Anzahl nicht der Fall gewesen sei. Dieses schlage sich in einer Erhöhung der Fallzahlen nieder.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Unter Hinweis auf das SGB XII, wonach autistische Kinder mit Sach- und Personalmitteln zu fördern seien, interessiert **Frau Orth** die Anzahl der Fälle in Emden.

Frau Szag teilt mit, dass in Emden unter Verweis auf vorliegende Anträge derzeit von 5 – 10 Fällen auszugehen sei, wobei es auch Kinder gebe, die in den Bereich der Jugendhilfe fallen. In früheren Zeiten seien es lediglich 1 – 3 Kinder gewesen.

Die Frage von **Frau Orth**, ob es eine ausreichende Zahl von entsprechenden Anbietern gebe, wird von **Frau Szag** dahingehend beantwortet, dass für Emden die Anzahl von gleich 2 Anbietern positiv zu vermerken sei. Seit ca. 10 Jahren betreibe das Autismus-Therapie-Zentrum mit Hauptsitz in Meppen eine Außenstelle in Emden. Daneben biete die Arbeitsgemeinschaft für integrative Leistungen „agilio“ mit entsprechendem Fachpersonal diese Leistungen an. Insgesamt sei jedoch die Zahl der Anbieter klein, sodass in anderen Kommunen in diesen Fällen z. T. auch „weite Wege auf sich genommen würden“.

Der Vorschlag von **Herrn Schild**, einen Referenten zum Krankheitsbild Autismus mit seinen verschiedenartigen Ausprägungen und der Möglichkeiten der Erkrankten zur Teilhabe an der Gesellschaft in den Ausschuss einzuladen, wird einhellig begrüßt.

Beschluss:

Zwischen der Stadt Emden und den Vereinen „agilio“ sowie „hilfe für das autistische kind“ werden die der Vorlage 15/0811/1 als Anlage beigefügten Leistungsvereinbarungen geschlossen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entgelt- und Prüfungsvereinbarungen zu gegebener Zeit abzuschließen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Förderung der Seniorenarbeit - nicht projektgebunden
hier: Zuschüsse 2008
Vorlage: 15/0809

Herr de Boer führt aus, dass anknüpfend an die im Ausschuss am 04.06.2008 beschlossenen Förderrichtlinien nun die Verteilung der Mittel vorgeschlagen werde. Festzustellen sei, dass ein unkomplizierter Antragsvordruck vorgelegen habe, der die Auswertung entsprechend vereinfacht habe.

Herr Schulz lobt das Verfahren, das sich im Vergleich zu früheren Zeiten als sehr unkompliziert darstelle und unterstütze den Vorschlag. Aufgefallen sei ihm die Fülle von Vereinen, die einen Antrag gestellt haben.

Frau Orth begrüßt die Förderung der Seniorenarbeit, womit der demografischen Entwicklung Rechnung getragen werde. Sie interessiert zum einen, wie sich die Antragsfrist im Jahre 2009 darstelle, und zum anderen, aus welchen Gründen der Antrag des Bürgervereins Tholenswehr abgelehnt worden sei.

Herrn de Boer zufolge sehen die Richtlinien in Anlehnung an die Förderrichtlinien der projektbezogenen Förderung eine Antragsfrist bis 30.04. des Folgejahres vor, d. h., für das Jahr 2008 gelte der 30.04.2009. Der Bürgerverein Tholenswehr habe nicht berücksichtigt werden können, da dieser nicht in der Delegiertenversammlung als Förderungsvoraussetzung vertreten sei. Ins-

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

besondere fehle es hier unter Hinweis auf eine lediglich einmal im Jahr stattfindende Weihnachtsfeier an der Nachhaltigkeit und Regelmäßigkeit der Seniorenarbeit sowie der erforderlichen Anzahl von Teilnehmern. Dieses sei auch mit dem Verein bei gleichzeitigem Hinweis eines möglichen Engagements in der Delegiertenversammlung kommuniziert und von dort auch mitgetragen worden. Gleichwohl habe der Verein den Antrag aufrechterhalten, um damit deutlich zu machen, dass zumindest in Teilen auch Seniorenarbeit geleistet werde.

Herr Züchner verleiht seiner Freude über die Förderung der Seniorenarbeit Ausdruck und stellt die besondere Bedeutung der Delegiertenkonferenz des Seniorenbeirates heraus, deren Arbeit von der Stadt damit gewürdigt werde. Er gibt im Weiteren einen Aktionstag des Seniorenbeirates am Samstag, den 06.09.2008, im Stadtgarten bekannt, zu dem er die Ausschussmitglieder herzlich einlade.

Frau Grix interessiert, ob die Zuschüsse nun ausgezahlt werden oder diesbezüglich nochmals Anträge gestellt werden müssen, wie es bei einer Zuschussvergabe im Jugendhilfeausschuss kürzlich der Fall gewesen sei.

Herr de Boer bestätigt die Auszahlung nach erfolgter Beschlussfassung durch den Verwaltungsausschuss ohne weitere Antragstellung. **Herr Erster Stadtrat Lutz** sagt eine Prüfung des Verfahrens der Zuschussvergabe im Rahmen des Jugendhilfeausschusses zu, wobei er die Ansicht vertrete, dass, sobald zahlungsbegründende Unterlagen vorliegen, es auch zur Auszahlung kommen müsse.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss beschließt über die fristgerecht eingegangenen Anträge auf Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Seniorenarbeit – nicht projektgebunden - für das Jahr 2008, wie in der Vorlage Nr. 15/0809 beigefügten Anlage dargestellt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Finanzielle Förderung von Projekten in der offenen Altenhilfe
Vorlage: 15/0810

Unter Hinweis auf die projektbezogenen Förderrichtlinien, nach denen eine Jury über die Vergabe der Zuschüsse entscheidet, legt **Herr de Boer** das der Entscheidung zugrunde liegende Verfahren dar. Die jeweiligen Zuschüsse seien, so Herr de Boer weiter, auf der Grundlage der Bewilligungen an die Antragsteller bereits ausgezahlt worden.

Frau Orth interessiert, ob eine Anschubfinanzierung einmalig vorgenommen werde oder diese auch mehrmals erfolgen könne. Darüber hinaus merkt sie bezüglich des Projektes des Vereins „Altenhilfe e. V.“ zur u.a. Einbindung von Personen mit Migrationshintergrund an, dass das Land Fördermöglichkeiten anbiete, die ggf. auch in diesem Fall in Betracht kämen.

Herr de Boer dankt für diesen Hinweis, den er aufgreifen und an den Verein weitergeben werde. Im Weiteren teilt er mit, dass im Rahmen der Förderung grundsätzlich nur eine einmalige Anschubfinanzierung vorgesehen sei und das Projekt anschließend „auf eigenen Füßen“ stehen

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

müsse. Beim Verein „Paritätischer Emden“ sei 2007 ausnahmsweise eine zweite Förderung erfolgt, eine dritte Förderung nun aber abgelehnt worden.

Frau Grix merkt an, dass im Jahr 2007 der Verein „AWO Emden-Süd“ im Gegensatz zum Jahr 2008 einen Zuschuss erhalten habe, und fragt nach dem diesbezüglichen Grund.

Herr de Boer teilt mit, dass für das Jahr 2008 kein entsprechender Antrag gestellt worden sei.

Auf die entsprechende Frage von **Frau Meinen** teilt **Herr de Boer** mit, dass die Richtlinien für die Förderung von Projekten in der offenen Altenhilfe im November 2005 durch den Rat beschlossen worden seien.

Anmerkung der Protokollführung:

Die Förderrichtlinien sind in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.11.2005 beschlossen worden – siehe Vorlage Nr. 14/1937-00-.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Einrichtung eines Beirates bei der ARGE Emden:

Herr Erster Stadtrat Lutz gibt bekannt, dass der Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Beirates bei der ARGE Emden in der letzten Trägerversammlung behandelt worden sei. Seitens der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg sei die Weisung ergangen, bestehende Verträge solange nicht zu verändern, bis eine Entscheidung über die zurzeit unsichere Zukunft der ARGE'en getroffen sei. Eine gewollte Änderung des Vertrages würde demnach zu einer Kündigung führen, was jedoch nicht Wille der Stadt Emden sei. Für ihn sei die Verfahrensweise der Bundesagentur, eine derzeitige Änderung von Verträgen nicht zuzulassen, nachvollziehbar.

Herr Götze drückt sein Unverständnis darüber aus, dass der Beschluss des Rates, einen Beirat einzurichten, nicht umgesetzt werde und sieht darin keine Vertragsänderung sondern eine Ergänzung des bestehenden Vertrages.

Herr Erster Stadtrat Lutz weist auf die bestehende Weisungslage der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg hin und bekräftigt, dass jede Vertragsänderung, d. h. auch Vertragsergänzungen, zwangsläufig zu einer Kündigung führen würden. Er würde nicht empfehlen, dieses Risiko einzugehen, sondern das Vertragsende im Jahre 2010 abzuwarten und dann zu prüfen, welche Einflussmöglichkeiten bestehen.

Herr Graf erachtet diese Entwicklung als bedauerlich und bemängelt, dass ihm diese Sachlage bisher nicht bekannt gewesen sei. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass es in einigen Kommunen einen Beirat gebe und in anderen, so auch in Emden, nicht. Da ihm die Verträge zur Gründung der ARGE nicht bekannt seien, bittet er um diesbezügliche Einsichtnahme.

Herr Erster Stadtrat Lutz teilt mit, dass nach der letzten Trägerversammlung der ARGE eine Mitteilung bezüglich des Beirates in der darauf folgenden Sitzung des Verwaltungsausschusses erfolgt sei. Der Vertrag zur Gründung der ARGE Emden, so Herr Erster Stadtrat Lutz weiter, sei durch den Rat im Dezember 2004 beschlossen worden.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Anmerkung der Protokollführung:

Das Ergebnis der Trägerversammlung ist in der Sitzung des Verwaltungsausschusses unter TOP 10, Nr. 5, bekannt gegeben worden. Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Beirates war Gegenstand der Sitzung des Rates am 21.01.2008, TOP 28, sowie der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.02.2008, TOP 10.

Der Vertrag über die Gründung und Ausgestaltung der ARGE Emden ist in der Sitzung des Rates am 09.12.2004 beschlossen worden – siehe Vorlage Nr. 14/1439-00-.

Frau Orth ist der Meinung, die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten, um den Bestand der ARGE Emden nicht zu gefährden.

Kommunaler Kombilohn: Antrag der SPD-Fraktion vom 28.06.2007:

Herr Erster Stadtrat Lutz führt anhand eines Berechnungsbeispiels für die Stadt Emden aus, dass sich das kommunale Kombilohn-Modell in diesen Fällen für die Betroffenen nicht rechne, da das Einkommen in der Regel so gering sei, dass dieses durch ALG II-Leistungen aufgestockt werden müsse. Damit würden die Betroffenen aus deren Bezug nicht herausfallen. Auch erfolge eine maximale Förderung der Arbeitsverwaltung in Höhe von 50 %. Darüber hinaus würden die jeweiligen Beschäftigten nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Letztlich käme dieses Modell ausschließlich für Kommunen in Betracht mit der Folge, dass die Chancen einer anschließenden Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt mangels Beschäftigungsmöglichkeiten als sehr gering zu bewerten seien. Er favorisiere die in Emden bereits genutzten individuellen Beschäftigungszuschüsse nach § 16 a SGB II, wonach der individuelle Zuschuss bis zu 75 % der Personalkosten betrage. Eine diesbezügliche Information der Bundesagentur für Arbeit werde über das Protokoll zur Verfügung gestellt. Die jeweiligen Beschäftigten würden aus dem Leistungsbezug von ALG II herausfallen und die Chancen der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt seien auch größer, da diese Zuschüsse ebenfalls privaten Arbeitgebern gezahlt werden. Während der bezuschussten Beschäftigung blieben die Personen in der Betreuung der ARGE und stehen somit für eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt jederzeit zur Verfügung, unterliegen jedoch nicht der Arbeitslosenversicherung. Seine Ausführungen abschließend schlägt Herr Erster Stadtrat Lutz vor, das Modell des kommunalen Kombilohnes, das in den östlichen Bundesländern als sinnvolles Instrument einzustufen sei, für die Stadt Emden nicht weiter zu verfolgen.

Anmerkung der Protokollführung:

Ein Flyer der Bundesagentur für Arbeit über die individuellen Beschäftigungszuschüsse nach § 16 a SGB II ist unter www.emden.de im Bürger- bzw. Rats- und Bürgerinformationssystem abrufbar.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Anfragen

Frau L. Meyer fragt an, wie es sich mit Dioxin-Werten in Emden verhalte und ob es da genauere Informationen gebe.

Herr Erster Stadtrat Lutz führt aus, dass die Angelegenheit der Dioxin-Werte dem Veterinärbereich zuzuordnen sei und gibt bekannt, dass in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 27.08.2008 dieses Thema angesprochen worden sei. Ergänzend teilt er mit, dass die Stadt Emden sich den Maßnahmen des Landkreises Leer an-

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

geschlossen habe, allerdings bezüglich des Verkaufes von Leber eine Regelung dahingehend getroffen habe, dass hier ein Nachweis der Dioxin-Freiheit zu liefern sei. Da dieser Nachweis im unverhältnismäßigen Kostenaufwand zum Verkaufswert der Leber stehe, werde das Leberfleisch praktisch nicht auf den Markt kommen. Ansonsten dürfen die Betriebe, von denen in Emden 3 betroffen seien, Fleisch in den Handel bringen, wenn Belastungen mit Dioxin nicht nachgewiesen worden seien. Es werde alles getan, um die Bevölkerung zu schützen. Soweit neue Informationen vorliegen, so Herr Erster Stadtrat Lutz abschließend, würde entsprechend informiert werden.

Frau L. Meyer kommt auf ihre in einer der vergangenen Sitzung des Ausschusses erfolgte Anfrage auf ein Krebsregister für Emden zurück und verweist in diesem Zusammenhang auf im Stadtbereich D 91 aufgetretene 8 Krebsfälle, die von der Anzahl sehr hoch erscheinen.

Nach Aussage von **Herrn Dr. Decker** gestalte es sich als sehr schwierig und recherchaufwendig, für Emden spezifische und stadtteilbezogene Daten zu erhalten. Ohne eine valide Datenbasis mit entsprechenden Auswertungen sei es zudem sehr schwierig, über Auffälligkeiten oder Häufigkeiten von Krebserkrankungen zu sprechen. Dieses gebe auch das in Hannover geführte Krebsregister nicht her. Er werde die Anfrage jedoch im Rahmen der Gesundheitsberichtserstattung aufgreifen und prüfen, ob und mit welchem Aufwand ein Krebsregister für Emden aufgebaut werden könne.

Es folgen weitere Wortmeldungen von **Frau L. Meyer, Frau Orth, Herrn Götze und Herrn Schild**, in denen u. a. ausgeführt wird, dass andere Städte, wie z. B. Münster, über ein Krebsregister verfügen und das Krebsregister für Niedersachsen im Internet abrufbar sei. Auch wurde diskutiert, dass der demografische Wandel nicht allein Grund für Anstieg von Krebserkrankungen sein könne, zumal auch vielfach jüngere Menschen davon betroffen seien.

Der von **Herren Schulz und Grix** dargelegte Mangel in der Akustik der Lautsprecheranlage wird von **Herrn Erster Stadt Lutz** aufgegriffen und eine Prüfung zugesagt.

Die Frage von **Herrn Schild** nach Neuigkeiten über die geplante Moschee wird von **Herrn Erster Stadtrat Lutz** dahingehend beantwortet, dass über die am heutigen Tage in der Emdener Zeitung erfolgte Berichterstattung hinaus keine weiteren Erkenntnisse vorliegen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.